

Bewerbung für einen Platz auf der Landesliste



Christiane Schneider

Geb. 8.8.48. Ich arbeite als Verlegerin, Schriftsetzerin, Druckerin, Redakteurin in einem linken Kleinverlag.

Politisch aktiv bin ich seit 1966/67, organisiert zunächst im SDS, dann in verschiedenen Organisationen der „Neuen Linken“ (KBW/BWK), seit 1993 Mitglied der PDS. In Hamburg lebe ich seit Mitte der 1980er Jahre, durch meine politischen Aktivitäten in und außerhalb der Partei habe ich zu vielen Spektren der außerparlamentarischen Linken gute Verbindungen. Mitgliedschaft im Hamburg Forum, im Rosa-Luxemburg-Bildungswerk und bei ver.di. Das Gebiet, auf dem ich am längsten und am kontinuierlichsten tätig und besonders engagiert bin, eigentlich seit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze vor gut 40 Jahren, sind Grundrechte und Demokratie.

Der Einsatz für die Verteidigung und Stärkung der Grundrechte ist mir ein zentrales Anliegen, weil sie die Stärkung der Kompetenzen eines jeden Menschen zum Ziel hat, die Entwicklung seiner Fähigkeiten wie seiner Möglichkeiten, seine eigenen und die gemeinschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Angelegenheiten selbstbestimmt und in selbstbewusster und fairer Kooperation mit anderen zu regeln.

Nicht nur die Entwicklungen auf Bundesebene machen deutlich, dass die Tendenzen zur Militarisierung der Innenpolitik, zum autoritären Staat, der im Zweifelsfall auch mit dem Ausnahmezustand regiert, zu Repression und Entrechtung und zur Aushöhlung von Demokratie stark und stärker werden. Mit dem Schill-Nachfolger Nagel auf der einen, Kusch und seinem Nachfolger Lüdemann auf der anderen Seite treibt Hamburg diese Entwicklung mit voran. Stichworte wie Polizeigesetz (eines der reaktionärsten), massive Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, Videoüberwachung, Reduzierung der Drogenpolitik auf nackte Repression, eine maßlose Verfassungsschutzbehörde, eine enorme und zunehmende Strafwut, Tilgung des Resozialisierungsziels aus dem Strafvollzug usw. zeigen, dass auf diesem Feld wichtige Auseinandersetzungen zu führen sind, damit die angedeutete Entwicklung gestoppt und in Richtung Demokratie umgedreht wird. Dazu kann die LINKE - auch in der Bürgerschaft - einen wichtigen Beitrag leisten. Dafür und für eine enge Zusammenarbeit mit den auf diesem Feld kritisch Tätigen, nicht zuletzt den Bürgerrechtsorganisationen, setze ich mich ein und dazu bringe ich Kenntnisse und praktische Erfahrungen aus zahlreichen Auseinandersetzungen mit.

In den Wahlkampf auf der Straße und in hoffentlich vielen Veranstaltungen (Schulen usw.) bringe ich Angriffslust, Sachkenntnisse und Argumente auch auf anderen Schwerpunktfeldern (aber nicht auf allen) und die Bereitschaft zum Zuhören und Aufnehmen ein.

Ausdrücklich möchte ich erklären, dass ich nicht Berufspolitikerin werden will und aus diesem Grund die Trennung von Amt und Mandat für mich persönlich selbstverständlich ist. Die Quelle der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und ebenso die Quelle von Solidarität und die Grundlage auch der in unserem Sofortprogramm entwickelten Reformvorschläge sind die tagtäglichen Erfahrungen gewöhnlicher Menschen, also auch meine eigenen. Die Verbindung damit möchte ich unter keinen Umständen verlieren.